

Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales
- öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 14.11.2023
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

ordentliche Mitglieder

Herr Michael Fierkens CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Alexander von Essen CDU für Wolfgang Salhofen

Herr Dennis Eike SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD für Anne Brandt

Herr Andreas Daries B90/Grüne

Frau Birgit Rowold B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Christian Meyer-Hullmann

beratende Mitglieder

Herr Jann Aden Seniorenbeirat

Frau Nicole Härtel öffentliche Jugendhilfe

Ehrenratsmitglieder

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Frau Sabine Meyer

Herr Stefan Unnewehr

Frau Anneke Schipper

Frau Meike von Häfen

Frau Anke Wilken

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Gäste

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

sowie 2 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Frau Anne Brandt SPD

Herr Christian Meyer-Hullmann FDP

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2023
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht Jugendbeteiligungsprojekt „SARA“
Vorlage: 2023/185
- 6 Bau einer kombinierten Skateboard- und Calisthenicsanlage
Vorlage: 2023/181
- 7 Situationsbericht Flüchtlingsunterbringung
Vorlage: 2023/177
- 8 Freigabe der Sporthalle Wilhelmstraße für den Sportbetrieb - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 2023/176
- 9 Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2023/165
- 10 Anfragen und Hinweise
- 11 Einwohnerfragestunde
- 12 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Segebade eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Segebade stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Heilker beantragt, die Tagesordnungspunkte 7 „Situationsbericht Flüchtlingsunterbringung“ und 8 „Freigabe der Sporthalle Wilhelmstraße für den Sportbetrieb – Antrag der CDU-Fraktion“ zusammenzufassen und gemeinsam zu erörtern.

Herr Segebade weist darauf hin, dass die Themen unterschiedlich zu betrachten sind, da es beim TOP 7 um die allgemeine Flüchtlingssituation in der Gemeinde Rastede geht, während sich der TOP 8 konkret auf die Sporthalle Wilhelmstraße bezieht.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den Antrag von Frau Heilker abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss lässt Herr Segebade über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2023

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales vom 12.09.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Bericht Jugendbeteiligungsprojekt „SARA“
Vorlage: 2023/185**

Sitzungsverlauf:

Frau Wilken stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, noch einmal das Projekt Solidarität-Anerkennung-Respekt-Achtsamkeit (SARA) mitsamt den Projektzielen und den Ergebnissen vor. Sie weist ergänzend darauf hin, dass insgesamt rund 500 Personen in den verschiedenen Formaten mitgewirkt haben, wobei insbesondere die schulbezogenen Formate sehr gut angenommen wurden, während die offenen Formate kaum Zuspruch erfahren haben. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sie, dass schulbezogene Jugendbeteiligungsformat „Schüler*innenHaushalt“ der Bertelsmann Stiftung künftig dauerhaft zu etablieren.

Herr Alexander von Essen bedankt sich für die Durchführung des beeindruckenden Projekts und den erzielten Ergebnissen, bemerkt jedoch, dass er das offene Format „Zukunftswerkstatt“ mit 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ersten Herbstferientag nicht so pessimistisch einschätzt wie die Verwaltung. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den 2020 eingereichten CDU-Antrag „Einrichtung eines Jugendrates“ und beantragt, neben dem schulbezogenen Beteiligungsformat die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für einen Jugendbeirat zu erstellen.

Frau Heilker unterstreicht, dass mehrere Ammerland-Kommunen ähnliche offene Beteiligungsformate haben und sofern ein entsprechendes Angebot vorliegt, es auch von den Jugendlichen angenommen wird. Sie spricht sich dafür aus, über das vorgesehene schulgebundene Angebot hinaus, Jugendlichen die Chance zu geben, sich politisch in einem offenen Konzept zu engagieren.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass die Faktenlage mit der umfangreichen Dokumentation zur Kenntnis genommen werden sollte, wobei klar zum Ausdruck gekommen ist, dass allein die schulgebundenen Beteiligungsformate eine breite Wirkung erzielen, sodass aus seiner Sicht erst einmal das Format „Schüler*innenHaushalt“ mit allen Schülerinnen und Schüler eingeführt und etabliert werden sollte, bevor weitere Modelle initiiert werden.

Frau Wilken ergänzt, dass unter anderem auch die Hertie Stiftung und der Verein Politik zum Anfassen die Erfahrung gemacht haben, dass Jugendliche für offene Formate nur sehr schwer zu gewinnen sind und in der Regel nur einige wenige Jugendliche an derartigen Formaten teilnehmen. Im Übrigen hängt die Teilhabe in der Gesellschaft sehr stark vom sozialen Hintergrund und dem Elternhaus ab, sodass mit offenen Angeboten erfahrungsgemäß nicht alle gesellschaftlichen Schichten erreicht werden.

Herr Janßen bedankt sich ebenfalls bei Frau Wilken für die Durchführung des umfassenden 18-monatigen Projekts und macht darauf aufmerksam, dass auch er bereits die Erfahrung gemacht hat, dass offene Formate oder Projektarbeiten wie zum Beispiel der Jugendkunstpreis oder der Bartholomäus-Schink-Preis ohne die Unterstützung der Schule kaum Erfolg haben.

Herr Daries gibt zu verstehen, dass es Ziel sein muss, möglichst viele Jugendliche zu erreichen, sodass ein schulbezogenes Format vorzuziehen ist, um auf diesem Weg auch einen breiten Querschnitt aus der Rasteder Bevölkerung und somit auch Jugendliche aus bildungsfernen Familien einzubinden, was in offenen Formaten kaum gelingen wird.

Frau Fisbeck erklärt, dass es bereits im Kommunalmarketing die Idee gab, einen Jugendbeirat zu initiieren, sodass aus ihrer Sicht nichts dagegenspricht, nach einem erfolgreichen Start des geplanten schulbezogenen Formats, mittelfristig auch einen Jugendbeirat zu gründen.

Frau Wilken bemerkt, dass über die Lehrerinnen und Lehrer an der Kooperativen Gesamtschule und der Schule am Voßbarg mit großen materiellen und personellen Aufwand rund 3000 Flyer zur Bewerbung des offenen Formats verteilt wurden und lediglich 17 Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme motiviert werden konnten.

Im weiteren Verlauf werden die Standpunkte durch weitere Wortmeldungen der Fraktionen weiter verfestigt, bevor der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den Antrag von Herrn Alexander von Essen abstimmen lässt.

Bei 4 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 6

Bau einer kombinierten Skateboard- und Calisthenicsanlage Vorlage: 2023/181

Sitzungsverlauf:

Frau Schipper erläutert eingangs noch einmal die in der Sach- und Rechtslage geschilderte Ausgangslage und führt ergänzend aus, dass im durchgeführten Jugendbeteiligungsprozess mit dem Planspiel „Pimp Your Town“, der Zukunftswerkstatt sowie dem Thementag mit dem Verein Politik zum Anfassen der Wunsch nach einer Skateboardanlage nie oberste Priorität erzielen konnte, eine geeignete Fläche für eine derartige Anlage im zentralen Hauptort nicht zur Verfügung steht und aufgrund bestehender Bebauungspläne nicht unerhebliche Probleme hinsichtlich der zu erwartenden Schallemissionen bestehen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, vom Bau einer Skateboard- und Calisthenicsanlage auf dem Gebiet der Gemeinde Rastede vorerst Abstand zu nehmen und stattdessen Fahrten zu den umliegenden Skateboardanlagen anzubieten.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erläutert Frau Meyer, dass die der Vorlage beigelegte Fotodokumentation im Rahmen der von der Jugendpflege organisierten Bereisungen mit der initiierten Arbeitsgruppe „Skateboardbahn“ entstanden ist.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Daries legt Frau Meyer dar, dass die Fläche neben der Sportanlage am Köttersweg nicht verfügbar ist und die zu erwartenden Lärmbelastungen im zentralen Bereich von Rastede zu hoch für ein im Bebauungsplan festgesetztes Allgemeines Wohngebiet sind. Im Übrigen haben auch die Schulen signalisiert, dass während der Unterrichtszeiten ein Skateboardbetrieb im Umfeld der Schule aufgrund der Lärmbelastung aus Schulsicht nicht möglich ist.

Auf Anfrage von Frau Icken erklärt Frau Meyer, dass der Standort der alten Skateanlage in Wahnbek von den Jugendlichen nicht favorisiert wird, da ein zentraler Standort in Rastede gewünscht wird.

Frau Fisbeck bemerkt, dass die Resonanz und Beteiligung der Rasteder Jugendlichen an der Arbeitsgemeinschaft „Skateboardbahn“ vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie als sehr gut zu bezeichnen ist und die Anlagen im Umland aufgrund des positiven Zulaufs in jüngster Vergangenheit sogar ausgebaut werden beziehungsweise werden. Beispielsweise wurde in Wiefelstede im Sommer der Belag erneuert, eine weitere Rampe gebaut sowie im Rahmen eines Projekts mit einem Graffiti-Künstler und 15 Jugendlichen die Skateranlage verschönert. Außerdem wurde in Kreyenbrück im September ein Sportpark mit Skateranlage eingeweiht und in Eversten wird die vorhandene rund 1000 Quadratmeter große Skateranlage aus dem Jahr 2012 im kommenden Jahr vervierfacht. Dessen ungeachtet ist der größte Wunsch der Rasteder Jugendlichen nach Auswertung der Jugendbeteiligung ein offen zugänglicher Jugendplatz, der unter anderem auch Möglichkeiten zum Skaten bieten sollte. Von daher sollte das Projekt auf alle Fälle weiterverfolgt und ein geeigneter Platz gesucht werden, auch vor dem Hintergrund, dass der Vorschlag der Verwaltung mit den angebotenen Fahrten zu benachbarten Skateboardanlagen jegliche Spontanität unterbindet.

Herr Eike spricht sich ebenfalls dafür aus, den Bau einer Skateboardanlage weiter zu verfolgen, und nach einem geeigneten Standort zu suchen. Zwischenzeitlich sollten allerdings auch regelmäßig Fahrten zu benachbarten Anlagen angeboten werden, die im Rahmen einer Neubewertung im kommenden Sommer ausgewertet und in den Entscheidungsprozess mit einfließen sollten.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass die gesamte Thematik im Jugendbeteiligungsprozess umfänglich erörtert wurde. Dessen ungeachtet möchte die aktive Jugendpflege allen interessierten Jugendlichen ein offenes Angebot mit einem sicheren Transport zu planbaren Zeiten unterbreiten, um die Nachfrage noch einmal eingehend zu testen, bevor eine hohe Investition im sechsstelligen Eurobereich getätigt wird.

Herr Janßen betont, dass die Fahrten zu auswärtigen Skateboardanlagen zunächst angeboten, jedoch gleichzeitig die Suche nach einem geeigneten Standort fortgesetzt werden sollte, um dann nach Möglichkeit vor den nächsten Haushaltsberatungen ein abschließendes Votum abgeben zu können.

Frau Fisbeck unterbreitet den Vorschlag, die weitere Suche nach einem geeigneten Standort in einem Antrag zu formulieren und die Verwaltung konkret zu beauftragen. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass der Gemeinderat auch den Jugendlichen verpflichtet ist und ein offener Sportplatz oder Treffpunkt schon seit längerer Zeit gewünscht und offenkundig aus Kostengründen nicht umgesetzt wird, während gleichzeitig die Erneuerung des Kunstrasenplatzes in Wahnbek für 300.000 Euro ohne Diskussion abgenickt wird.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass es sich bei der Erneuerung des Kunstrasenbelags auf dem Sportplatz Wahnbek nicht um einen Neubau handelt, sondern um eine lange geplante Sanierung des inzwischen abgängigen alten Belags.

Herr Alexander von Essen und Frau Heilker unterstützen die Ausführungen von Frau Fisbeck ausdrücklich und sprechen sich ebenfalls dafür aus, die Interessen der Jugendlichen ernst zu nehmen und einen geeigneten Ort für einen offenen Treffpunkt für Jugendliche zu suchen, der unter anderem auch verschiedene Sportaktivitäten ermöglicht.

Herr Daries schließt sich ebenfalls den Ausführungen der Vorredner an und macht ergänzend deutlich, dass für eine Übergangszeit ein Fahrdienst zu einer benachbarten Skateboardanlage in Ordnung ist, jedoch ein niederschwelliges Angebot vor Ort auf alle Fälle weiterverfolgt werden sollte.

Herr Alexander von Essen beantragt um 18:16 Uhr eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung, um nach Möglichkeit einen fraktionsübergreifenden Beschlussvorschlag zu formulieren.

Seitens der übrigen Ausschussmitglieder wird dieser Antrag einvernehmlich angenommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Segebade unterbricht daraufhin die Sitzung von 18:16 bis 18:21 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade den nachfolgenden fraktionsübergreifenden Antrag vor:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales geeignete Flächen für einen Skateboard- und Calisthenicspark vorzustellen. Eine finale Beschlussfassung soll zu den Haushaltsberatungen 2025 ermöglicht werden.*

- *Bis dahin sollen regelmäßige Fahrten zu den umliegenden Skateboardanlagen angeboten werden.*

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den soeben vorgestellten Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales geeignete Flächen für einen Skateboard- und Calisthenicspark vorzustellen. Eine finale Beschlussfassung soll zu den Haushaltsberatungen 2025 ermöglicht werden.

Bis dahin sollen regelmäßige Fahrten zu den umliegenden Skateboardanlagen angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**Situationsbericht Flüchtlingsunterbringung
Vorlage: 2023/177**

Sitzungsverlauf:

Frau Meyer stellt anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) den aktuellen Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung vor und weist dabei unter anderem auf die neue Verteilquote, die Anzahl der Unterkünfte und die angedachten weiteren Maßnahmen zur Entschärfung der Situation hin. Sie macht dabei insbesondere darauf aufmerksam, dass der Wohnungsmarkt mittlerweile erschöpft ist und derzeit der Ankauf von Containern und gewerblichen Objekten mit Nachdruck geprüft wird, sodass mit erheblichen finanziellen Auswirkungen gerechnet werden muss, die gegebenenfalls noch einen Nachtragshaushalt für 2023 erforderlich machen könnten.

Im weiteren Verlauf werden seitens der Ausschusmitglieder einige Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Alexander von Essen erklärt Frau Meyer, dass die Verwaltung eine Containeranlage aus dem Dorf Edewecht vorbehaltlich reserviert hat und konkrete Möglichkeiten zur Unterbringung von Geflüchteten zeitnah im VA vorstellen wird.

Herr Alexander von Essen kritisiert, dass bislang über das Angebot des Landkreises, die Container aus dem Dorf Edewecht zu erwerben, nicht im Rat der Gemeinde Rastede beraten wurde, zumal der Unterbringungsdruck stetig steigt und die Container in einer ohnehin schwierigen Marktsituation zeitnah zur Verfügung stehen würden. Er bittet jetzt, schnellstmöglich zu handeln, um nicht weiter öffentliche Einrichtungen wie aktuell die Sporthalle Wilhelmstraße mit Geflüchteten belegen zu müssen.

Frau Fisbeck weist darauf hin, dass bereits in der Flüchtlingskrise 2015 Gewerbeimmobilien umgebaut und genutzt wurden und es richtig ist, in alle Richtungen nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen, da nicht zu erwarten ist, dass die Flüchtlingszahlen alsbald abnehmen. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, nach Möglichkeit die Halle an der Wilhelmstraße zeitnah wieder für den Sportbetrieb freizugeben.

Frau Meyer erläutert, dass bereits einzelne Gewerbeimmobilien angemietet wurden und jetzt bereits intensiv über den Kauf von entsprechenden Objekten für eine längerfristige Nutzung nachgedacht wird.

Herr Unnewehr führt ergänzend aus, dass die Verwaltung sehr aktiv ist und weitergehende Gespräche mit Fachplanern führt, um baurechtlich zu klären, wo gegebenenfalls auch höherwertige Containeranlagen aufgestellt werden können.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass in den nächsten vier Monaten 114 Geflüchtete zuzüglich einer möglichen Sonderzuweisung erwartet werden und kurzfristig keine Entspannung in Sicht ist, sodass ein guter Mix aus kurz-, mittel- und langfristi-

gen Lösungsansätzen gefunden werden muss, um auch die öffentlichen Einrichtungen wie aktuell die Turnhalle Wilhelmstraße wieder ihrer originären Nutzung zuführen zu können. Dies bedeutet, dass auch umfangreiche und weitgehende Beschlüsse zu fassen sind, die möglicherweise auch größere Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Herr Alexander von Essen bemerkt, dass es beruhigend ist, dass die Verwaltung die Thematik eingehend vorantreibt, jedoch es wünschenswert gewesen wäre, wenn bereits heute ein Gesamtpaket mit der Zielsetzung vorgelegen hätte, dass die Turnhalle Wilhelmstraße und andere öffentliche Einrichtungen wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt werden.

Bürgermeister Krause macht abschließend klar, dass erst Ende Oktober die neue Zuweisungsquote vorgelegen hat und die vorgeschlagenen Maßnahmen auch aufgrund ihrer finanziellen Auswirkungen gründlich überdacht werden müssen, bevor Entscheidungen in den politischen Gremien getroffen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für zugewiesene Geflüchtete bereitzustellen. Der Kapazitätsumfang ist so zu bemessen, dass öffentliche Einrichtungen soweit wie möglich der originären Nutzung vorbehalten bleiben können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Freigabe der Sporthalle Wilhelmstraße für den Sportbetrieb - Antrag der CDU-Fraktion

Vorlage: 2023/176

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Beschlussempfehlung:

Sobald und soweit die räumliche Unterbringungsmöglichkeit für Geflüchtete abschließend geregelt ist, soll die Sporthalle Wilhelmstraße wieder für die Sportnutzung freigegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

**Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2023/165**

Sitzungsverlauf:

Frau Meyer stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer Präsentation (Anlage 3 zur Niederschrift) die wesentlichen Produkte im Bereich TH 5_011 Kinder, Jugend und Familienhilfe (Kindergärten und Horte) vor.

Herr Unnewehr stellt anschließend anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die Liegenschaftsverwaltung (TH 4_01) dar. Hierbei weist er unter anderem darauf hin, dass im Rahmen der Bewirtschaftung die Kosten für den Erdgasbezug nach Vorliegen der Gasausschreibung mit einem Arbeitspreis von 8,86 Cent/kWh noch um rund 25 Prozent gesenkt werden können. Im Übrigen unterbreitet er zur Reduzierung von Kosten den Vorschlag, im Rahmen der weiteren Planungen die Erreichung von Klimaschutzzielen bilanziell zu beleuchten (GEG) und die Ausstattung und Ausführung von Projekten zu hinterfragen, um gegebenenfalls eine um 15 Prozent kostengünstigere Umsetzung (Gestaltung / Ausführung / Material / Standard) zu erreichen. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

Reduzierung von Kosten

Herr Alexander von Essen begrüßt den Vorschlag von Herrn Unnewehr ausdrücklich und spricht sich ebenfalls dafür aus, die in der Vergangenheit gesetzten hohen Standards bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen zu diskutieren, um die gewünschten Projekte letztendlich auch finanzierbar zu machen. Dessen ungeachtet bemerkt er, dass sich die CDU-Fraktion wie in den anderen Ausschüssen bezüglich des Haushaltsplanentwurfs zunächst enthalten wird.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2024 unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	4
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Anfragen und Hinweise

Personal- und Platzsituation in den Kindertagesstätten

Frau Meyer informiert, dass nach aktuellem Stand bis zum 01.02.2024 allen bis zu diesem Stichtag auf der Warteliste stehenden Kindern ein Kitaplatz am Vormittag angeboten werden kann. Gleichwohl fehlt es aufgrund des extremen Personalmanagements an häufig nachgefragten Ganztagsplätzen. Krankheitsbedingte Ausfälle sorgen zudem dafür, dass Gruppen teilweise nur eingeschränkt betreut werden können.

Tagesordnungspunkt 11

Einwohnerfragestunde

Herr Segebade weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen einer Einwohnerin, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Bedeutung der Turnhalle Wilhelmstraße für die Mitglieder des VfL Rastede
- Lagerung der gemeindeeigenen Sportgeräte aus der Turnhalle Wilhelmstraße

Tagesordnungspunkt 12

Schließung der Sitzung

Herr Segebade schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 19:35 Uhr.